Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 166. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 8. April 1878.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

30. Sitzung vom 6. April.

12 Uhr. Am Tische des Bundesraths Hofmann, v. Kameke und mehrere Commissarien.

Eingegangen sind die Gesetzentwürfe, betreffend die Ausrüstung der deutschen Kauffahrteischiffe mit Booten und betreffend den Gewerbebetrieb der Maschinisten auf Seedampfern, sowie eine Nachweisung über Veränderungen im Bestand der Grundstücke, welche das Reich durch specielle Rechtstitel erworben hat.

Das Haus erledigt den Rest des Etats in zweiter Berathung. Einzelne Titel der Ausgaben, besonders für Zinsen der Reichsschulden werden vermindert, da nach den Mittheilungen der Regierung die Etatsansätze nicht ganz zur Verwendung gelangen werden. Einzelne Summen für einmalige Ausgaben der verschiedenen Verwaltungen werden auf die Anleihe angewiesen. Die Anleihe selbst, welche nach dem Regierungsvorschlage für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung, für Marine und Reichsheer und zur Durchführung der Münzreform in Höhe von 77,504,465 M. aufgenommen werden sollte, wird nach dem Antrage der Commission in Höhe von 76,605,265 M. bewilligt.

Auf den Antrag der Budget-Commission werden zu Erstattungen auf, aus Landesmitteln aufgewendete Kasernenbaukosten 511,000 M. bewilligt und zwar für Sachsen, Würtemberg, Baden und Mecklenburg-Schwerin, während die Regierung dafür 575,800 M. fordert.

Abg. v. Hölder bemerkt, daß die würtembergische Volksvertretung die von der Regierung geforderten Gelder für infolge der Vermehrung des würtembergischen Armeecorps nothwendig gewordene Bauten nur unter dem Vorbehalte bewilligt habe, daß dereinst eine Erstattung von Reichswegen erfolge und zwar nach dem Maßstabe, wie die Kasernirung aus Reichsmitteln fortschreite. — Nachdem der würtembergische Bevollmächtigte Geh. Kriegsrath von Mand darauf hingewiesen, daß die würtembergische Regierung ihre Ansprüche, die diesmal nicht vollständig zur Geltung gekommen, weiter verfolgen werde, wird der Vorschlag der Budgetcommission genehmigt.

Im Etat der Verwaltung des Reichsheeres werden 2,300,000 Mk. der fortdauernden Ausgabe als „Ersparniß in Folge der Aufhebung der Restverwaltung" abgesetzt.

Statt der geforderten 109,568,363 Mk. an Matricularbeiträgen will die Budgetcommission nur 87,108,516 Mk. bewilligen, d. h. nur 6,064,345 Mk. mehr als im Vorjahre.

Referent Abg. Richter (Hagen) motivirt diesen Antrag der Commission und bemerkt, daß der Reichstag in den letzten vier Jahren den Steuerzahlern im Ganzen eine Last von 79,000,000 Mark erspart habe, indem er statt der Vermehrung der Matricularumlagen andere Auskunftsmittel gesucht habe.

Abg. v. Schmid (Würtemberg) beklagt die große Höhe der Matricularbeiträge; dieselben seien eine Kopfsteuer und könnten nur bis zu einer gewissen Minimalgrenze mit Gerechtigkeit vertheilt werden; diese Minimalgrenze sei längst überschritten und das fortwährende Anwachsen derselben gestatte den Einzelstaaten in ihren Finanzen gar keinen Ruhepunkt. Diesem Zustande müsse durch eine gründliche Steuer- und Finanzreform abgeholfen werden.

Geh. Ober-Regierungsrath Michaelis warnt davor, Capitalbestände aufzuzehren und es der Zukunft zu überlassen, die steigenden dauernden Ausgaben zu decken, und der Abgeordnete v. Maltzahn-Gültz tritt diesen Ausführungen bei.

Abg. Reichensperger (Crefeld) giebt zur Erwägung anheim, ob man die Matricularbeiträge nicht anderweitig, mehr dem Vermögensstande der Einzelstaaten entsprechend, vertheilen könne, wie man dies seines Wissens in der Schweiz schon erreicht habe. Die steigende Last der Einzelstaaten erfordere dringend die Lösung dieser Aufgabe. Das sei den Communen mit schlechtem Beispiel vorangegangen, und dann dürfe man sich nicht wundern, daß einzelne Communen direct vor dem Bankerott ständen. Das Reich könne allerdings auf die Commune direct nicht einwirken, aber man müsse solche Dinge an die große Glocke hängen. In Düsseldorf z. B. sei das Deficit von 106,000 auf 227,000 Mk. gestiegen und trotzdem fänden sich Ausgaben von 81,000 Mk. für Theater und Orchester.

Geh. Ober-Reg.-Rath Michaelis bemerkt, daß die Ausgaben der Communen hauptsächlich durch die steigenden Anforderungen in Beziehung auf Unterricht und Gesundheitspflege gewachsen seien. Eine Vergleichung zwischen den Jahren 1865 und 1876 zeigt, daß die Ausgaben für die Verwaltungen, welche bei Preußen geblieben sind, (darunter die Unterrichtsverwaltung), von 5,90 und 10,21 M. pro Kopf, also um 73 Procent gestiegen sind; die Aus- Ausgaben der in die Reichsverwaltung übergegangenen Verwaltungszweige sind von 6,65 auf 8,45 M., also nur um 31,58 pCt. gestiegen. Von einem schlechten Beispiele des Reiches kann man also nicht sprechen. Das Reich hat seine Ausgaben nicht in dem Maße ausgedehnt, wie die Einzelstaaten, also den letzteren Raum gelassen, die Ausgaben für ihre innere Verwaltung auszudehnen.

Abg. Grumbrecht: Wenn die Ausgaben der Communen gestiegen sind, so kann man noch nicht gleich von schlechter Wirthschaft reden. Die Communen müssen ihre Pflicht erfüllen; es mußten Verbesserungen nachgeholt werden, die man in anderen Staaten schon hatte. Man mag ja nun in einzelnen Städten zu rasch vorgegangen sein; aber es ist doch zu bedenken, daß der Werth des Geldes gesunken ist; bei den Ausgaben kommt das zur Geltung, denn man kann nicht so viel kaufen für dieselbe Summe, wie früher. Bei den Einnahmen sind die Sätze aber die alten geblieben. Im Ganzen und Großen muß man aber sagen, daß kein Staat günstiger steht, als Deutschland; wenn trotzdem Unzufriedenheit herrscht, so liegt das daran, daß wir nicht gewohnt sind, das zu bezahlen, was für den Staat erforderlich ist. Wenn man dem Reich neue Einnahmen verschaffen will, dann solle man sie nur nicht bei einem Artikel suchen. Unsere Verhältnisse stehen ganz gut, wir wissen nur nicht, woher wir die Einnahmen nehmen sollen. (Heiterkeit.) Frankreich zahlt doppelt so viel an indirecten Steuern, als unsere sämmtlichen Steuern betragen. Man müsse nur nach einem gründlich durchdachten Plane in der Ausnutzung verschiedener Steuerobjecte vorgehen.

Abg. Lasker: Unsere finanziellen Zustände sind bisher in einer Weise behandelt worden, als ob wir vor dem Ende aller Dinge ständen; tritt man aber der Sache näher, so existirt zwischen dem, was die Regierung und was die Budgetcommission vorschlägt, gar keine so große Differenz. Der Unterschied ist folgender: Einmal sind bei den Einnahmen über 5 Millionen zugesetzt worden nach dem von der Regierung im vorigen Jahre befolgten Princip. Vielleicht wäre es besser gewesen, diese Summe nicht einzusetzen, weil im Falle einer Besserung der Wirthschaftsverhälnisse in diesem Jahre uns die Mehrerträge sehr zu Gute kommen würden. Im vorigen Jahre war es vernünftig, daß die Bevölkerung in Betracht kommen sollte, jetzt soll es unvernünftig sein. Aber der Unterschied ist so bedeutend nicht; es kommt blos darauf an, ob das Wirthschaftsjahr günstig oder ungünstig ist. Dann ist die Naturalverpflegung der Truppen um 2 Millionen Mark geringer veranschlagt worden. Endlich werden 7 Millionen Mark aus den bereitstehenden Geldern in den Etat aufgenommen. Der Regierungscommissar hat davon gesprochen, man schlachte die Henne, statt die Eier zu nehmen. Er hat aber übersehen, daß dieses Bild von der Henne und den Eiern nach beiden Seiten paßt, er spricht von der Regierungshenne und wir sprechen von der Volkshenne (Heiterkeit), d. h. welche Henne geschlachtet werden soll. Der Regierungs-Commissar sagt: Wir besitzen eine Henne, von der wollen wir Ihnen die Eier geben, schlachten Sie nur die Volkshenne und wir sagen: Seien Sie so freundlich und geben Sie Ihre Henne her. Die Regierung will Fonds bestehen lassen und Steuern ausschreiben; das hält sie für wirthschaftlicher, wir halten es für wirthschaftlicher, wenn das Volk sein Geld behält. Wegen einer solchen Differenz kann man doch nicht gleich von guter oder schlechter Finanzpolitik sprechen.

Was die Matricularbeiträge angeht, so hat es Zeiten gegeben, in denen es verdienstlich war, gegen Matricularbeiträge zu sprechen. Diese Zeiten sind vorüber, denn alle Welt ist darüber einig, daß wir, wenn wir etwas Vernünftiges finden können, es an Stelle der Matricularbeiträge setzen, wenn wir es auf politisch verantwortliche Weise können. Aber auch hier herrscht Uebertreibung. Es handelt sich darum, 80—100 Millionen Mark Matricularbeiträge ganz oder zum größten Theile zu ersetzen. Vergessen Sie nicht, daß wir uns an die Mark noch nicht gewöhnt haben, daß 100 Millionen Mark dasselbe Gefühl in uns hervorrufen, wie 100 Millionen Thaler. (Heiterkeit.) Die Strömung der Zeit geht dahin, Hunderte von Millionen durch indirecte Steuern für das Reich zu gewinnen, um einige Summen an Staat und die Gemeinde herauszuzahlen. Da ist es nicht zu verwundern, wenn ein geübter und selbstbewußter praktischer Finanzmann die Uebernahme einer so unbestimmten Aufgabe ablehnt. Dadurch, daß man die Noth der Communen mit der Finanzlage des Reiches in Verbindung bringt, trägt man nichts zur Lösung dieser Frage bei, man verbreitert sie unnöthiger Weise. Die Beunruhigung wird dadurch gesteigert. Wie können wir hier den Vermögensstand der einzelnen Communen und dessen Ursache untersuchen? Das kommt doch darauf an, was die Gemeinde leistet; wie viel sie für frisches Wasser oder Canalisation und öffentliche Gesundheitspflege überhaupt ausgiebt. Die Herren genießen das alles stillschweigend, klagen aber über die großen Lasten. Sind diese Klagen berechtigt, dann mache man ein besseres Gemeindesteuergesetz, aber wir können den Gemeinden von Seiten des Reichs Zuschüsse nicht geben.

Wer von Reichssteuern die Gemeindelasten auszugleichen verheißt, der spricht nicht von einem gesunden Finanzplan, sondern er redet eine populäre Sprache, welche die Ohren täuscht und die Herzen verdirbt. Das, fürchte ich, ist der Weg, auf dem wir uns jetzt befinden. Wie könnte es sich sonst darum handeln, für das Reich Hunderte Millionen Mark an neuen Steuern zu verschaffen? Natürlich werden wir Alle ängstlich und Jeder sagt: thue Deine Hand davon. Aber wir sind nicht Schuld daran, wenn solche Ansprüche uns gestellt werden, oder wenn sie in der Luft als Fata morgana erscheinen. Beschränken wir unsere Aufgaben auf das Gemessene! Man glaubt dadurch zu gewinnen, daß man seinen Klagen eine möglichst breite Basis giebt; wir aber, die wir die Gesammtheit aller Interessen ins Auge fassen und wünschen, daß den wirklichen Mängeln Abhilfe geschafft wird, sind verpflichtet, nicht zu verbreitern, nicht alle diese Aufgaben durcheinander zu mischen, namentlich in diesen Finanzangelegenheiten. Wir sind freilich in diesem Augenblick in ungewöhnlich schlechten Zeiten; aber ich habe immer gefunden, daß es die Natur minder edler Seelen ist, in solchen Zeiten zu verzweifeln, während es in der Natur edler Seelen liegt, hier Maß zu halten. Gerade in solchen Zeiten muß man das Vorübergehende von dem Beständigen unterscheiden und wir, als Volksvertreter, haben ein Interesse daran, daß diese vorübergehenden Zeiten nicht ausgenutzt werden, um von uns Dinge zu erreichen, die wir vielleicht schon nach wenigen Jahren, wenn die Besserung eintritt, leicht bereuen. Wenn wir das im Auge behalten, wird der Reichstag zu einer Verständigung kommen und es wird sich zeigen, daß das Unheil lange nicht so groß ist, wie es nach den allgemeinen, unbestimmten Ausdrücken scheint. Diese Zeiten sind wohl geeignet, uns zu einer gewissen Revision dieser Verhältnisse zu veranlassen, aber ich bitte Sie: mögen die Verhandlungen des Reichstags nicht damit schließen, daß Sie die populäre Strömung im Volke überall noch verschärfen und gewissermaßen zu einer fieberhaften Thätigkeit anregen; mögen unsere Verhandlungen überall belehrend einwirken und Alles auf das richtige Maß und Ziel zurückführen. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Crefeld): Den Vorwurf, daß ich meiner Aeußerungen wegen eine unedle Seele sei, habe ich doch nicht verdient. (Heiterkeit.) Von dem Herrn Michaelis hätte ich gern erfahren, um wie viel die Militärausgaben in den letzten Jahren gestiegen sind; nach meiner Meinung muß die Steigerung 80 Millionen Mark betragen. Ich folge auch gern der populären Strömung und wünsche eine Umwandlung der directen Abgaben in indirecte. Was unsere Communallasten angeht, so sind sie gestiegen, weil Stadtverordnete und Bürger zu viel verlangen und jede Neuerung, die in England und Frankreich auftaucht, auch bei sich eingeführt wissen wollen. Das Reich geht mit dem bösen Beispiel eines übermäßigen Luxus voran, gegen den sich natürlich nichts einwenden läßt, wenn er nur nicht so viel Geld kostete. (Heiterkeit.) Einzelstaaten und Communen sollten sich nach der Decke strecken. Das thun sie nicht. Ich habe die Sache hier zur Sprache gebracht, weil sie nur hier den Regierungen, die in ihren luftigen Höhen von der Noth des Volkes nicht viel wissen, vernehmlich zu machen ist. Mit Vertuscheln der Sache ist hier nicht zu helfen, da kann man höchstens den Ruhm des Edelmuthes einernten.

Abg. v. Helldorf hebt gegenüber den Ausführungen Lasker's hervor, daß eine Uebertreibung ebenso die Wahrheit entstelle, wie eine ungerechtfertigte Verkleinerung und dieser mache sich Abg. Lasker in Bezug auf das Bedürfniß finanzieller Reformen schuldig. Die Zahlen, welche der Bundescommissar angeführt, nach denen in Preußen die Gemeindeabgaben seit 1849 sich verdreifacht und seit 10 Jahren in ordentlichen Staatsverwaltungsausgaben in Preußen um 73, die des Reiches um 37 Procent gestiegen, seien, sehr beachtenswerth. Abg. Lasker werde nie wegdisputiren können, daß die Belastung des Budgets mit dauernden Ausgabeposten unter Verwendung des Capitals zu Jahresbedürfnissen weniger wirthschaftlich sei, als die Erhaltung des Capitals und die Bestreitung jener Ausgaben aus dessen Zinsen. Er werde ebensowenig die wachsende Belastung der Gemeinden wegdisputiren können. Es handle sich nicht um wachsende Belastung einzelner Gemeinden, sondern um eine ganz allgemeine Zunahme der Belastung, dazu habe vielfach die Reichsgesetzgebung und die Gesetzgebung der Staaten in den letzten Zeiten beigetragen — direct durch Gesetze, die den Gemeinden Lasten auflegen und indirect durch den Einfluß der Gesetzgebung auf die Bewegung der Bevölkerung. — Außerdem hätten die Staaten es sehr gut verstanden, Staatsausgaben in großem Umfang auf Gemeinden und Kreise abzuwälzen. Es komme nicht darauf an, wie Grumbrecht meine, daß man sich an die Zahlung der einmal für ein großes Reich nöthigen höheren Steuern gewöhne, sondern darauf, daß man eine richtigere Vertheilung der Lasten herbeiführe. Man müsse nach dem Beispiel aller großen Staaten in indirecten Steuern und Zöllen ergiebigere Einnahmequellen für das Reich schaffen. Zu umfassenden Reformen in diesem Sinne zwinge ebenso die Lage des Budgets, wie die wachsende Belastung der Einzelstaaten und Gemeinden. Er mache es der Partei des Abg. Lasker zum Vorwurf, daß sie dazu beigetragen, von Jahr zu Jahr die wahre Lage der Reichsfinanzen zu verschleiern, obgleich von der Regierung längst auf die Nothwendigkeit einer Beschaffung höherer Einnahmen hingewiesen worden. Es komme darauf an, durch ergiebige Einnahmen aus indirecten Quellen für das Reich und Beseitigung der Matricularbeiträge der Einzelstaaten die Erleichterung der Gemeinden möglich zu machen. Nicht um eine höhere Belastung handle es sich bei diesen Reformen, sondern recht wesentlich darum, eine Entlastung möglichst zu gewähren.

Abg. Lucius: Meine politischen Freunde und ich haben es immer für wünschenswerth gehalten, daß durch eine Steuerreform die Matricularbeiträge entweder ganz beseitigt oder doch auf ein Minimum herabgesetzt würden. Das würde unzweifelhaft die Entlastung des Budgets der Einzelstaaten zur Folge haben, wodurch zugleich die eine oder die andere Steuer überflüssig würde. Auch die Lage der Communen giebt zu einer Steuerreform Veranlassung. Ich liebe es nicht, diese wirthschaftlichen Fragen hier in agitatorischer Weise zu besprechen; aber ich kann nicht die Augen schließen, wenn man es versucht, diese Fragen als kleinliche und unbedeutende hinzustellen. Diese Fragen sind die wichtigsten; die Communen sind jetzt so belastet, daß sie eine Steigerung nicht mehr ertragen können. Man kann sich nicht der Hoffnung hingeben, daß eine Steuerreform uns bald eine wesentliche Erleichterung verschaffen wird, aber es ist schon ein großer Vortheil, wenn die Finanzreform uns vor einer Steigerung der vorhandenen Steuern bewahrt und uns weniger drückende Steuern giebt.

Geh. Ob.-Reg.-Rath Michaelis: Dem Abg. Reichensperger erwidere ich, daß ich, wegen des Ueberganges des Etats des Norddeutschen Bundes auf den des Deutschen Reiches und wegen des Eintrittes von Elsaß-Lothringen und einer Reihe von Bundesstaaten in den Zollverein, bezüglich der von ihm geforderten Auskunft nicht die absoluten, sondern nur die relativen Zahlen angeben kann. Seit dem Jahre 1865 bis heute sind in Preußen die Ausgaben für das Militär pro Kopf von 6 M. 30 Pf. auf 8 M. 1 Pf., also um 1 M. 70 Pf. gestiegen. Die dem Reich überwiesenen Zölle und gemeinschaftlichen Streuern betrugen pro Kopf der Bevölkerung 4 M. 80 Pf. und haben sich in der Zeit von 1873 bis 1876 auf 6 M. 35—50 Pf. gestellt; dies ist ebenfalls eine Steigerung von 1 M. 70 Pf. pro Kopf. Hieraus ergiebt sich, daß die Ausgaben für das Militär gar nicht durch die Matricularbeiträge, sondern beinahe ganz durch die dem Reiche überwiesenen Zölle und gemeinschaftlichen Steuern gedeckt worden sind. Die Hauptsache ist die, daß es durch die verringerten Ansprüche, welche das Reich bezüglich der Matricularbeiträge an die Einzelstaaten stellte, den Einzelstaaten möglich geworden ist, ihre Ausgaben für die Zwecke ihrer Communalverwaltung wesentlich zu erweitern. Denn die Matricularbeiträge beliefen sich pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1868 auf 2 M. 37 Pf.; 1869 auf 2 M. 45 Pf.; 1872 auf 2 M. 7 Pf.; 1873 auf 1 M. 32 Pf.; 1874 auf 1 M. 29 Pf.; 1876 auf 1 M. 22 Pf. Wenn gesagt worden ist, daß es das Reich verstanden hat, seine Ausgaben auf die Communen abzuwelzen. so muß ich darauf erwidern, daß die Gesetzgebung des Reiches bezüglich der Militärlasten fortwährend bestrebt gewesen ist, eine vollständigere Entschädigung für die Leistungen der Communen und der Einzelnen herbeizuführen, als dies früher der Fall gewesen ist.

Persönlich bemerkt Abg. Lasker, daß er mit der Bemerkung: es sei die Sache edler Naturen, mäßig zu sein in entmuthigenden Zeiten, Niemanden im Hause habe beleidigen wollen; wenn Jemand im Hause sei, der sich dadurch verletzt fühle, so bitte er um Entschuldigung.

Referent der Budgetcommission Abg. Richter (Hagen): Es ist nicht wahr, daß nach den Vorschlägen der Budgetcommission und der Mehrheit des Hauses die Reservebestände der Armee aufgezehrt werden. Der Kriegsminister würde gegen eine solche Verminderung der Wehrhaftigkeit der Armee hier lebhaften Einspruch erhoben haben. Auch beschränkt sich die Ueberweisung von Ausgaben auf Anleihe auf eine einzige Million Mark für Postgebäude, welche bereits im vorigen Jahre aus Anleihen bestritten wurden. Es ist in den 4 Jahren möglich geworden, mit 79 Millionen Mark weniger Matricularbeiträgen auszukommen, indem wir Ueberschüsse vorhergehender Jahre einstellten, Einnahmen und Ausgaben richtig veranschlagten, die Zwecke des Invalidenfonds sachgemäß erweiterten, die Zinsen des unverwandten Reichstagsgebäudefonds einstellten und bei einzelnen Ressorts versteckte und überflüssige Fonds mit heranzogen. Der Unterschied der Regierungspolitik und der Finanzpolitik dieses Hauses besteht darin, daß die Regierung gern bereit ist, die Matricularbeiträge zu erhöhen, während wir zu einer Erhöhung der Lasten der Einzelstaaten und mittelbar der Lasten der Steuerzahler nur schreiten, wenn wir überzeugt sind, daß andere verwendbare Mittel nicht mehr vorhanden. Der Erfolg dieser seit 4 Jahren beobachteten Finanzpolitik des Hauses liegt nicht blos in den ersparten 79 Millionen, sondern auch darin, daß wir uns bemüht haben, die Verwaltung aus der Milliardenstimmung herauszubringen und ihr zu vergegenwärtigen, daß es nicht blos darauf ankommt, einen neuen Gedanken, sondern auch das dazu nöthige Geld zu haben.

Die Herren von der Rechten haben am wenigsten dazu beigetragen, Ausgabesteigerungen zu vermeiden. Allerdings sind die Matrikularbeiträge eine Kopfsteuer, aber die Salzsteuer ist dies in noch höherem Grade. Mehrseitig ist schon vorgeschlagen, Staaten wie Lippe-Detmold den geringeren Satz zu bewilligen, dafür die Hansestädte desto höher zu treiben. Herr von Schmid hat behauptet, Würtemberg habe früher viel weniger Matrikularbeiträge bezahlt als jetzt. Er hat einfach vergessen, daß 1871 Würtemberg sein Militär neben jener Million Matrikularbeiträge noch allein zu unterhalten hatte. Es haben im Gegentheil die Matrikularbeiträge sich nicht erhöht, sondern verringert. Sie waren zur Zeit des norddeutschen Bundes viel höher als jetzt, und betrugen 1872, im ersten Jahre des Deutschen Reiches noch 9 Millionen Mark, oder unter Anrechnung der Aversen noch 17 Millionen Mark weniger, als jetzt vorgeschlagen wird. Die Matrikularbeiträge bleiben nach dem neuen Ansatz noch um 6 Millionen hinter dem zurück, was die Regierung schon pro 1875 an Matrikularbeiträgen erheben wollte. Die Kosten des Reiches für die Einzelstaaten haben sich nicht erhöht; dagegen hat das Reich den Einzelstaaten große Capitalien, für Norddeutschland allein 439 Millionen Mark überwiesen, welche dieselben zu Schuldentilgungen und Eisenbahnbauten verwenden konnten, haben die Einzelstaaten davon unrentable Eisenbahnen erbaut, so ist es deren Schuld, nicht Schuld des Reiches. Das Reich hat die Lasten der Communen nicht erhöht, sondern durch Verminderung der Einquartierungslast vermittels Kasernenbau vermindert. In Bezug auf Erhebung indirecter Steuern sind für die Communen keine neuen Beschränkungen eingeführt.

Die Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer in Preußen ist auch unter dem Beifall der Conservativen erfolgt. Man sollte doch nicht der Phantasie folgen, als ob die Abschaffung von 70 Mill. Matricularbeiträgen — nach Abzug der Aversen ist es nicht einmal soviel — den Communen wesentlich helfen könnte. Gegenüber den viel größeren Communallasten ergebe dies auf den Kopf nur 170 Pfennige. Dabei müßten dieselben Steuerzahler, welche jetzt in den Communen steuern auch für den Ersatz der Matricularbeiträge mit neuen Steuern aufkommen. Neue indirecte Reichssteuern würden vielleicht die Steuerzahler in denjenigen Communen am stärksten treffen, wo jetzt die Communallasten am höchsten sind. Steuerreform sei ja recht schön; man dürfe darunter nur nicht die Vermehrung der Gesammtsteuerlast verbergen. Eine gerechte Vertheilung sei angezeigt, aber welche Vertheilung gerecht sei, darüber gingen die Ansichten weit auseinander. Dort wo man jetzt am schärfsten die vorhandenen Verhältnisse kritisire, herrsche die größte Unklarheit für die Möglichkeit der Abhilfe und die Zulänglichkeit der Mittel dafür. Wo liegt denn ein großer Steuerreformplan der Regierung vor? Vor uns liegen nur drei Steuergesetze mit 42 Mill. Mark Mehrertrag, welche sich stützen auf ein Deficit von 28⅛ Millionen; dieses Deficit ist durch die Anträge der Commission bis auf 6 Mill. Mark herabgemindert worden, und hat hierdurch gerade die Finanzpolitik der Mehrheit des Reichstages eine volle Rechtfertigung erhalten.

Reichskanzleramtsdirector Michaelis bemerkt, daß er nicht von der Aufzehrung von Reservebeständen, sondern von der Einziehung von Beständen der übertragbaren Fonds der Militärverwaltung gesprochen habe.

Referent Richter (Hagen) entgegnet, es seien nur 700,000 M. abgesetzt worden bei übertragbaren Fonds mit Rücksicht auf vorhandene große Bestände. Schon die alte Oberrechnungskammer-Instruction von 1824 empfehle eine solche Finanzpolitik.

Die Matricularbeitäge werden darauf nach den Vorschlägen der Commission bewilligt.

Das Etatsgesetz wird ohne Debatte vorbehaltlich der definitiven Feststellung der Summen angenommen; nur wird der Betrag der nach § 3 Nr. 1 zur Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichshauptkasse auszugebenden Schatzanweisungen von 24 auf 40 Millionen erhöht.

Damit ist die zweite Lesung des Etats beendigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Bau von Eisenbahnen in Lothringen.

Der Referent der Budgetcommission Hammacher beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage. Er constatirt, daß der in erster Lesung vom Abg. Gerber erhobene Einwand, man wolle hier Bahnen auf Kosten Elsaß-Lothringens im Reichsinteresse bauen, vollständig unbegründet ist. Die Regierungs-Commissarien haben in der Commission erklärt, es solle für diese Bahnen auch nicht eine Mark aus der Landeskasse von Elsaß-Lothringen erhoben werden. Ebenso unbegründet sei der Vorwurf des Abg. Gerber, die Reichsregierung habe widerrechtlich aus elsaß-lothringischen Landesmitteln einige Millionen für Eisenbahnbauten verwendet. Die Regierung hat nach den von ihren Commissarien in der Budget-Commission abgegebenen Erklärungen nach der Einverleibung der Reichslande nur die von der französischen Regierung übernommene Verpflichtung zur Zahlung einer Subvention von vier Millionen an einige Unternehmer von Vicinalbahnen in den Reichslanden erfüllt. Aus militärischen, politischen und wirthschaftlichen Gründen empfehle er die unverärderte Annahme der Vorlage.

Die Vorlage wird unverändert genehmigt.

Ebenso in dritter Berathung der Gesetzentwurf, betreffend die Beglaubigung öffentlicher Urkunden.

Bei der Allgemeinen Rechnung über den Haushalt des Deutschen Reiches für das Jahr 1873 wird ohne Debatte der Antrag der

Rechnungscommission angenommen, die Etatsüberschreitungen zu genehmigen und dem Reichskanzler Entlastung zu ertheilen.

Es folgen Wahlprüfungen. Gegen die Wahl der Abgg. Eisenlohr und Dr. Bürklin im 10. und 5. badischen Wahlkreise waren Proteste eingegangen, welche eine Reihe von Unregelmäßigkeiten behaupteten. Der Reichstag hatte in Folge dessen in der vorigen Session beschlossen, beide Wahlen zu beanstanden und den Reichskanzler unter Mittheilung der Proteste zur gerichtlichen Untersuchung der darin behaupteten Thatsachen aufzufordern. Auf Grund der hierauf eingelaufenen Berichte beantragt die Wahlprüfungscommission, jetzt beide Wahlen für ungiltig zu erklären und den Reichskanzler aufzufordern, wegen der stattgehabten Ungesetzlichkeiten strafrechtliche Verfolgung eintreten zu lassen, resp. Rügen zu ertheilen. Trotz des Widerspruchs der Abgg. Bär (Offenburg) und Kiefer, die das in den Protesten angegriffene Verfahren des Bürgermeisters von Nußheim bei der Wahl des Abg. Eisenlohr zu rechtfertigen suchen, tritt das Haus den Beschlüssen der Commission bei und erklärt die Wahlen der Abgg. Eisenlohr und Bürklin für ungiltig.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Ergänzungsetat und die heute eingegangenen Vorlagen.) Schluß 5 Uhr.

Berlin, 6. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat Allerhöchstihrem Flügel-Adjutanten, Oberst-Lieutenant Grafen Finck von Finckenstein, Commandeur des Garde-Jäger-Bataillons, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Hauptmann Freiherrn von Schrötter, à la suite des 1. Hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 74, commandirt als Militärlehrer bei der Central-Turnanstalt, dem Regierungs- und Baurath Bernhardt im Kriegs-Ministerium und dem Zolleinnehmer 1. Klasse Hermansen zu Uetersen im Kreise Pinneberg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Fürsten Carl zu Carolath-Beuthen den Stern zum Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem General-Major von Massow, Commandanten von Magdeburg, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Forstmeister von Steuben zu Frankfurt a. O. den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Commercienrath Delius zu Versmold im Kreise Halle i. W. den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Musik-Director und Domorganisten Seyffert zu Brandenburg a. H. und dem Beigeordneten, Kaufmann Jahn zu Neudamm im Kreise Königsberg N.-M. den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem Geometer und Grabenmeister Carl Ferdinand zu Breitenrode im Kreise Gardelegen, dem Schleusenmeister Schwarzbürger zu Tröbsdorf im Kreise Querfurt, dem pensionirten Steueraufseher Kobsch zu Beuthen a. O., dem Grenzaufseher Rüdiger zu Emmerich im Kreise Rees und dem Kreisgerichtsboten und Executor Kühne zu Luckau das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reiches die von dem Bischof zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Hilfspfarrers Aloys Thierry in Surburg zum Pfarrer in Selz, Bezirk Unter-Elsaß, genehmigt.

Se. Majestät der König hat den Hauptmann a. D. und Amtmann Ferdinand Clemens Otto Rintelen zum Landrath des Kreises Daun ernannt und dem Sattlermeister August Hartmann zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hof-Sattlermeisters verliehen.

Der Privatdocent Dr E. Cohen zu Heidelberg ist zum außerordentlichen Professor in der mathematischen und naturwissenschaftlichen Facultät der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg ernannt worden. Der außerordentliche Professor Dr. Karl Heinrich Ferdinand Rosenbusch ist aus derselben Facultät ausgeschieden. An der Königlichen akademischen Hochschule für Musik, Abtheilung für ausübende Tonkunst zu Berlin, sind angestellt worden: die bisherigen Hilfslehrer Felix Schmidt und Johannes Schulze, der Clavierlehrer Oskar Raif und der Theorielehrer Franz Schulz als ordentliche Lehrer, sowie die Gesanglehrerin Frau Breiderhoff als ordentliche Lehrerin. Der praktische Arzt 2c. Dr. Nöldechen ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Lichtenburg zum Kreis-Wundarzt des Kreises Torgau und der praktische Arzt 2c. Dr. Zernial zu Neuhaldensleben zum Kreis-Wundarzt des Kreises Neuhaldensleben ernannt worden.

Zu Kreisgerichts-Directoren sind ernannt: der Consistorialrath, frühere Kreisgerichts-Director Haacke in Magdeburg bei dem Kreisgericht in Kosten, der Kreisgerichtsrath Beling in Lüben bei dem Kreisgericht in Calbe a. S., der Staatsanwalt Wachler in Oppeln bei dem Kreisgericht in Wesel, der Kreisgerichtsrath Buttmann in Meseritz bei dem Kreisgericht in Genthin und der Stadtgerichtsrath Matton in Königsberg i. Pr. bei dem Kreisgericht in Osterode. Der Stadtgerichtsrath Prin in Berlin und der Kreisgerichtsrath Köhler in Cottbus sind in den Ruhestand getreten. Versetzt sind: der Kreisgerichtsrath Heine in Gostyn und der Kreisgerichtsrath Bävenroth in Angermünde als Stadtgerichtsräthe an das Stadtgericht in Berlin, der Kreisgerichtsrath Wagner in Bärwalde N.-M. an das Kreisgericht in Friedeberg N.-M, mit der Function als Gerichtscommissar in Woldenberg.

Berlin, 6. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute außer den Vorträgen der Hofmarschälle die des Civil-Cabinets durch den Wirklichen Geheimen Rath von Wilmowski und des Auswärtigen Amts durch den Staatssecretair von Bülow entgegen. Gestern Nachmittag gewährte Se. Majestät dem Ober-Präsidenten der Provinz Westpreußen, Staatsminister Dr. Achenbach eine Audienz.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern mit Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden den Feldmarschall Grafen Moltke und war Abends mit Ihren hohen Gästen auf der Soirée der Ober-Hofmeisterin Gräfin Perponcher anwesend. Heute besichtigte Ihre Majestät mit Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden das Fabrik-Etablissement von Siemens und Halske.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag militairische Meldungen entgegen. Abends um 7½ Uhr fand bei den Höchsten Herrschaften ein Diner von 25 Gedecken statt, zu welchem Einladungen erhalten hatten: der großbritannische Botschafter mit Gemahlin, die Herzogin von Manchester, Fürst Hohenlohe-Langenburg, Fürst Pleß mit Gemahlin, der Herzog von Sagan mit Gemahlin, Fürst Anton Radziwill mit Gemahlin und der General von Albedyll mit Gemahlin. Gegen 10 Uhr begab Sich Se. Kaiserliche Hoheit zu der Soirée bei der Ober-Hofmeisterin Gräfin Perponcher. (Reichs-Anz.)

□ **Berlin**, 7. April. [Der Tabaksteuer-Gesetzentwurf und die Enquete. — Das Reichsschatzamt. — Uebergangs-Abgabe von Essig. — Münzausprägung. — Dr. Hausmann. — Vorlage über Gewerbegerichte. — Aus der parlamentarischen Soiree des Fürsten Bismarck.] Seltsamer Weise circulirt in Abgeordnetenkreisen noch immer das Gerücht, daß die Reichsregierung die Tabaksteuer-Vorlage zurückziehen werde, trotzdem in der letzten Sitzung der Budget-Commission der Regierungs-Commissar Dr. Michaelis in bündiger Weise das Gegentheil versicherte. Die Vorgänge in dieser Sitzung sind allerdings nicht in ihren Details zur Kenntniß weiterer Kreise gelangt, und es ist nicht überflüssig, hier darauf zurückzukommen. Es wurde in der Commission hervorgehoben, daß es unnöthig sei, die Tabaksteuer-Vorlage in Berathung zu nehmen, nachdem das Deficit auf 6 Millionen reducirt worden ist und außerdem dem Hause eine Vorlage über die Tabaks-Enquete zugehen wird. Man schloß daraus, daß mit der Einbringung dieser Vorlage voraussichtlich die gleichzeitige Zurückziehung des Tabaksteuer-Gesetzentwurfs erfolgen werde. Der Geh. Rath Dr. Michaelis bestritt diese Folgerung und erklärte, daß die Besteuerung des Tabaks nach dem vorliegenden Gesetzentwurfe nur das Minimum der „aus dem Tabak" zu erzielenden Erträge ergeben würde, während die Enquete darauf berechnet ist, Ermittelungen über das beste und ausgiebigste System der Tabakbesteuerung anzustellen. In der Commission wurde bestritten, daß die Regierung ein solches Resultat erreichen werde, weil der Reichstag voraussichtlich die Vorlage über die Enquete ebenso wie die Tabaksteuervorlage ablehnen dürfte. Ob sich die Mehrheit des Hauses in Betreff der Enquetevorlage dieser Auffassung anschließt, wird abzuwarten sein. Soweit wir informirt sind, beabsichtigt man von verschiedenen Seiten, den geforderten Credit von 200,000 M. für die Enquete zwar zu bewilligen, aber eine wesentliche Amendirung der Vorlage und namentlich der allseitig perhorrescirten §§ 4 und 5 vorzunehmen. Selbstverständlich wird die Vorlage der Budgetcommission überwiesen werden, in welcher der neue Finanzminister Hobrecht als Bundesbevollmächtigter nicht nur die Vorlage zu vertheidigen haben wird, sondern, wie man auch annimmt, sein Steuerprogramm entwickeln dürfte. Jedenfalls wird man in der Commission darauf dringen, daß über die vielbesprochene Steuerreform des Reichskanzlers endlich einmal positive Anhaltspunkte gegeben werden. Zu diesem Ende hat die nationalliberale Fraction bereits eine Resolution vorbereitet, in welcher ausgesprochen wird, daß sie sich im Principe mit der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs einverstanden erklärt daß sie aber nicht blos den Tabak, sondern auch andere Verbrauchsgegenstände, wie Petroleum, Branntwein, Zucker 2c. einer mäßigen Besteuerung unterworfen sehen möchte. Dies soll selbstverständlich nur unter Bedingungen geschehen, die das Budgetrecht des Parlaments zu wahren geeignet sind. Die Veröffentlichung der ersten 5 Paragraphen des Gesetzentwurfs über die Tabaksteuer-Enquete war übrigens nur ein Fühler. Es wird jetzt erst bekannt, daß auf Antrag Würtemberg's die verschärfenden Bestimmungen über die Vorlegung der Geschäftsbücher in den Entwurf aufgenommen worden sind und daß Preußen dagegen gestimmt hat. — Einige Fractionen des Reichstages beriethen in ihren gestrigen Abendsitzungen den auf der morgigen Tagesordnung stehenden Nachtragsetat betreffs des Reichsschatzamts. Die Abzweigung desselben vom Reichskanzleramt würde allerdings von den Mehrheitsparteien des Hauses als ein Schritt zur Entwickelung des Finanzwesens betrachtet werden, wenn er sich innerhalb des Rahmens jener Organisationen bewegte, die früher in Aussicht gestellt worden sind. Da aber die Bildung von Reichsministerien nicht dadurch allein gefördert wird, daß man dem Reichskanzler unmittelbar unterstellte Centralbehörden constituirt, so hat sich eine nichts weniger als günstige Stimmung innerhalb der Mehrheitsfractionen aus der ersten Berathung der Vorlage ergeben. In der morgigen ersten Lesung im Plenum wird dieser Auffassung ein prägnanter Ausdruck gegeben werden und man wird sich dann für die zweite Lesung unter den Fractionen betreffs der Amendements resp. der Ablehnung des Gesetzentwurfs einigen. Mit einer gewissen Persistenz behauptet sich das Gerücht, daß der Geh. Ober-Regierungsrath im Finanzministerium, Meinecke, mit der Leitung des Reichsschatzamts betraut werden soll. — Der Abg. Dr. Lasker und Gen. haben im Reichstage einen Antrag eingebracht, welcher die Erhebung einer Uebergangsabgabe von Essig nur mittelst Gesetzes für zulässig erklärt. Der Antrag bezieht sich auf die vom Reichskanzler-Amts-Präsidenten Hofmann in der Freitagsitzung abgegebene Erklärung: daß die Regierung im Wege der Verordnung diese Abgabe einführen könne. — Fast in allen Münzstätten des Deutschen Reiches ist jetzt die Ausprägung auf ein Minimum reducirt. In der letzten Berichtswoche, vom 24. bis zum 30. März, wurde nur in Berlin, Frankfurt a. M., Stuttgart und Hamburg geprägt und zwar 2,102,780 Mark Doppelkronen (sämmtlich auf Privatrechnung), 66,060 Mark Kronen und 91,320 M. Einmarkstücke. — In parlamentarischen Kreisen erregt ein Unfall schmerzliches Bedauern, welcher den bisherigen Landtagsabgeordneten der Stadt Düsseldorf, Dr. Hausmann, im Laufe dieser Woche betroffen hat. Bei der Remontemusterung, der er als zweiter Bürgermeister beiwohnte, schlug ihn ein Pferd zu Boden, so daß er besinnungslos und anscheinend schwer verletzt in ein Spital gebracht werden mußte. — Der Präsident des Reichstages wird in dieser Woche den Gesetzentwurf über die Gewerbegerichte auf die Tagesordnung stellen, ohne die Vertheilung des Commissions-Berichts über die Gewerbeordnung abzuwarten. — Die gestrige parlamentarische Soirée beim Fürsten Bismarck hatte einen lediglich geselligen Charakter und trug nichts von der sonstigen politischen Färbung, welche durch die Mittheilungen des Reichskanzlers nicht wenig an Reiz gewann. Der Fürst begnügte sich zum Beginn der Soirée, einen Theil seiner Gäste, welcher die weitläufigen Festräume noch nicht gesehen hatte, als Cicerone zu dienen. Er suchte diesmal nicht die einzelnen Gruppen auf, auch später nicht einen der Tische am Buffet, um beim Bierhumpen mit der historischen Pfeife an die politischen Tagesereignisse anzuknüpfen und so den Mittelpunkt der Conversation zu bilden. Er unterhielt sich vielmehr mit den anwesenden Damen und zeitweise auch mit den conservativen Mitgliedern des Reichstages. Die Abgg. Forckenbeck, Bennigsen, Lasker fehlten, ebenso die hervorragenden Mitglieder der Fortschrittspartei, während das Centrum ganz unvertreten war. Die neuen Minister, mit Ausnahme des Herrn Hobrecht, sowie Mitglieder des Bundesraths, des Reichskanzleramts und des Auswärtigen Amts befanden sich unter den neuen Gästen.

[S. M. gedeckte Corvette „Gazelle",] 18 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Graf v. Hacke, hat am 5. April c., Morgens, von Smyrna die Heimreise angetreten.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 4. April. [Vertagung der Deputirtenkammer. — Dufaure über die Absetzung Godelle's. — Aus Decazeville. — Strike in Marseille. — Zum Pariser Setzerstrike. — Zur Unterstützung der Armen. — England und Rußland.] Die Kammer ist nun ebenfalls in die Ferien gegangen. Sie wird mit dem Senat am 29. April nach Versailles zurückkehren. Unter den verschiedenen Zwischenfällen der gestrigen letzten Sitzung verdient noch eine Interpellation des Bonapartisten Lenglé Erwähnung. Dieser Deputirte beschwerte sich im Namen seiner Parteigenossen über die Absetzung des General-Advocaten Godelle. Er wollte darin einen officiellen Wahldruck erkennen und zugleich einen Angriff auf die Unabhängigkeit und Würde des Richterstandes. Es war das eine These, welche die Bonapartisten schon zum Oeftern vertheidigt haben; aber Lenglé war nicht der Mann, sie zur Geltung zu bringen und namentlich nicht einem Redner wie Dufaure gegenüber. Der Justizminister war eigens nach Versailles gekommen, um auf diese Frage zu antworten und er befand sich in sehr schlechter Laune. Er sprach über diesen Vorfall mit einer Energie, welche auf eine Anzahl Beamte vom Schlage Godelle's Eindruck machen dürfte. Dufaure erinnerte daran, daß der General-Advocat Godelle nach dem 16. Mai als officieller Candidat in Vervin sich in seinem Glaubensbekenntniß offen als ein Gegner der bestehenden Staatseinrichtungen zu erkennen gegeben hatte. Unter diesen Umständen konnte die jetzige Regierung es nicht für angemessen halten, daß Godelle, indem er seine Candidatur nochmals aufstellt, den Wählern gegenüber sich auf seine hohe Stellung in der Magistratur beruft. Es wäre ziemlich gewesen, daß Godelle, wie es andere Politiker zu thun pflegen, seine amtliche Stellung aufgegeben hätte, ehe er sich anschickte, die Regierung bei den Wahlen zu bekämpfen. Aus einem officiellen Candidaten war ein Oppositionscandidat geworden. Zum Mindesten mußte er von seiner Absicht dem Justizminister Kenntniß geben. Er hat auch dies nicht gethan und der Minister sah sich in die Nothwendigkeit versetzt, ihm zu erklären, daß er zwischen seiner amtlichen Stellung und seiner Candidatur zu wählen habe. Die Regierung hat ihn also abgesetzt. Sie hat damit ganz offen und freimüthig gehandelt und sie hat der Candidatur Godelle's ihren bisherigen zweideutigen Charakter genommen. Wenn derselbe gewählt wird, so wird er es nur sich selber zu verdanken haben. Die Regierung aber hat ihre Pflicht gethan, indem sie verhinderte, daß die hohe Magistratur zum zweiten Male in eine solche Wahlangelegenheit verwickelt werde, sie ist also für die Unabhängigkeit der Magistratur aufgetreten und nicht gegen dieselbe. Die Mehrheit nahm die Erklärungen des Ministers mit großem Beifall auf. Die reactionären Parteien hatten eben gestern einen Unglückstag. De Geslin, Godelle und du Demaine, alle drei executirt, das war viel für einen Tag. — Der große Strike in Decazeville scheint nun wirklich seinem Ende entgegen zu gehen. Ueber 500 Grubenleute haben die Arbeit wieder aufgenommen. Dagegen hört man von einem neuen Strike in Marseille, wo die Heizer und Mechaniker der Schifffahrtsgesellschaft zu den bisherigen Bedingungen nicht weiter arbeiten wollen. Die Setzer in Paris haben sich mit ihren Arbeitgebern noch nicht geeinigt und wahrscheinlich werden sie sich nicht einigen. Von keiner Seite macht man Mine nachzugeben. Die großen Druckereien haben bereits eine große Zahl Arbeiter aus der Provinz herbeigezogen und sie rechnen darauf, in dieser Weise alle Lücken auszufüllen. — Der Pariser Gemeinderath hat einen Beschluß gefaßt, welcher der durch den 16. Mai veranlaßten Noth der arbeitenden Klassen nachträglich ein wenig steuern soll. Er hat 32,000 Frcs. ausgeworfen, um den Armen die unentgeltliche Einlösung der während der Krisis versetzten Matratzen zu gestatten. — An der gestrigen Abendbörse hat die Hausse neue Fortschritte gemacht und von 107,95 stieg die Rente auf 108,20. Man giebt sich immer mehr der Hoffnung hin, daß die entschiedene Haltung Englands und der Widerstand, welchen Oesterreich den russischen Anträgen entgegenstellt, die Regierung von St. Petersburg denn doch zur Nachgiebigkeit veranlassen werde.

⊙ **Paris**, 4. April. [Zum russisch-englischen Conflicte. — Das Belagerungszustands- und das Amnestiegesetz. — Broglie und Mac Mahon. — Bonapartistisches. — Ollivier. — Prinz Heinrich der Niederlande.] Aus der Haltung der Börse können Sie ersehen, daß man hier wieder an die Möglichkeit einer diplomatischen Lösung des orientalischen Conflicts zu glauben beginnt. Man hofft, wenn auch nur schüchtern, daß ein Congreß trotz des schroffen Auftreten Englands zu Stande kommen werde. Allerdings hat nach den zuverlässigsten Nachrichten bisher noch kein Cabinet die Initiative zur Wiederanknüpfung der abgebrochenen Unterhandlungen ergriffen und man glaubt nicht, daß vor der Rückkehr des Generals Ignatieff nach Wien officiell etwas geschehen werde; aber man kann sich nicht vorstellen, daß die russische Regierung es bis zum Aeußersten treiben werde, wenn ihr einmal bewiesen werde, daß Oesterreich nicht in eine Abmachung mit Rußland, wenn dieselbe nicht von den andern Mächten gutgeheißen worden, eingehen will. Daß dem so sei, daß Oesterreich sich zu einem Separatabkommen nicht herbeilassen wolle, glaubt man hier in den diplomatischen Kreisen bestimmt zu wissen, und darauf gründet sich also die Meinung, daß Rußland schließlich zu einer vollständigen Discutirung des Vertrages von San Stefano seine Zustimmung geben, mit anderen Worten, daß der Congreß ins Leben treten werde. Ueberdies wird versichert, daß augenblicklich nicht mehr Gortschakoff, sondern Ignatieff thatsächlich der Leiter der russischen Politik sei, und man betrachtet Ignatieff als den Vertreter der „gemäßigten" Partei. — Heute ist das Gesetz über den Belagerungszustand promulgirt worden. Schon gestern wurde das Amnestiegesetz officiell verkündigt. In Folge dessen ist der bekannte Bonnet-Duverdier, der wegen Beschimpfung des Marschalls-Präsidenten zu fünfzehnmonatlichem Gefängniß verurtheilt war, heute aus der Haft entlassen worden. Er hat, wie es scheint, keine Lust mehr, seine Entlassung als Deputirter zugeben, obgleich er dieselbe vor mehreren Monaten einem Ehrengericht der äußersten Linken bereits zugestellt hatte. Wie man sich erinnert, rieth ihm dies Ehrengericht, wegen gewisser nicht recht aufgeklärter Finanz-Manöver, die er als Mitglied des Pariser Gemeinderaths ausgeführt hatte, freiwillig aus der Kammer zu scheiden. Bei Erwähnung des Amnestiegesetzes sei eine Mittheilung mehrerer Blätter angeführt. Der Herzog von Broglie begab sich, so sagt man, nach der Abstimmung über jenes Gesetz ins Elysée, um dem Marschall zu erklären, daß derselbe in dem Votum der Rechten keine feindliche Absicht suchen dürfe. Mac Mahon gewährte ihm jedoch keine Audienz. — Die Führer der bonapartistischen Partei wollen sich insgesammt nach Chiselhurst begeben, wo Rouher schon eingetroffen ist. Sie werden nicht eben in der Lage sein, der Kaiserin Eugenie und ihrem Sohne erfreuliche Kunde zu geben. — Emile Ollivier hat sich nach längerem Aufenthalt im Süden wieder in Paris eingefunden, um an der Wahl eines Nachfolgers für Thiers in der Akademie Theil zu nehmen. Da Ollivier bei Thiers' Tode Director der Akademie war, wird er dem in der hohen Versammlung bestehenden Usus gemäß, den Nachfolger des Verstorbenen bei seinem Eintritt mit einer Rede begrüßen müssen. — Im Elysée findet heute ein großes Diner zu Ehren des Prinzen Heinrich der Niederlande, des Präsidenten der holländischen Ausstellungscommission, statt.

Osmanisches Reich.

B. F. **Bukarest**, 4. April. (Von unserem Special-Correspondenten.) [Kriegsrüstungen. — Die Beziehungen zu England. — Das rumänische Ministerium.] Mit der Ueberführung der bisher in der Dobrudscha stationirten russischen Truppen nach der Moldau ist die Occupirung Rumänisch-Bessarabiens ausgesprochen. In mehreren Colonnen sollen die Truppen sich nach der unteren Donau zu bewegen und zwar soll die Hauptmasse derselben ihren weiteren Weg nach Norden, um, wie man vorgiebt, Galatz nicht allzusehr mit Durchzügen zu belästigen, über Reni und Ismaël nehmen. Hiermit ist der Vorwand zur Etablirung größerer Etappen-Commandanturen, Depots 2c. in diesen und anderen bessarabischen Städten gegeben. Zur rechten Zeit wird sodann der Befehl zur Sistirung des Weitermarsches eintreffen, man wird Dislocirungen vornehmen, bis jedes Dorf seine russische Wache hat und die Einführung russischer Verwaltung 2c. ergiebt sich dann von selbst. In Unghent werden größere Depots für Handfeuerwaffen errichtet, um aus diesen die über die Donau zurückgezogenen Abtheilungen der Zimmermann'schen Armee mit Berdan-Gewehren auszurüsten. Die einzelnen Truppentheile werden zu diesem Zweck am Pruth echellonirt und auf diesem Flusse werden ihnen die Waffen zugeführt werden. In der Moldau sollen die Truppen nach dem aufreibenden und dabei ziemlich ruhmlosen Feldzuge in der Dobrudscha sich von ihren Leiden erholen. Man hat dem Corps aus dem Hauptquartier das Versprechen gegeben, es späterhin an einem bevorzugten Platze zu verwenden. — Man beschäftigt sich hier augenblicklich lebhaft mit der Frage, welche Stellung bei einem ausbrechenden englisch-russischen Kriege die hiesige englische diplomatische Vertretung einnehmen wird. Es ist nicht zu zweifeln, daß russischerseits die Entfernung des beim hiesigen Hofe accreditirten Generalsconsuls verlangt werden wird, da Rußland die Ueberwachung seiner über Rumänien gehenden Landtransporte nicht wohl dulden kann. Auch gegen die englischen Handelsconsulate in Jassy und Galatz dürfte die Absicht vorliegen einzuschreiten. Dem entgegen ist auf rumänischer Seite der ernste Wille vorhanden, jedem russischen Anspruch in dieser Beziehung auf das Nachdrücklichste mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten, indem man darauf sich zu berufen gedenkt, daß Rumänien als

fortgesetzt im Frieden mit Großbritannien lebend, den directen diplomatischen Verkehr mit jenem Reiche durch das hier bestehende General-Consulat nicht missen könne. Man ist gespannt, wie diese Frage, die sofort mit der Kriegserklärung auf die Tagesordnung tritt, ihre Erledigung finden wird. Von dem Fürsten ist aus den Ereignissen des vergangenen Jahres zur Genüge bekannt, daß er allen Zumuthungen, welche nur entfernt einer Schmälerung seiner Hoheitsrechte ähnlich sehen, den energischsten Widerstand entgegenzusetzen gesonnen ist. Ist ihm die Behauptung seiner souveränen Rechte unter den schwierigen Verhältnissen der jüngsten Vergangenheit den russischen Anmaßungen gegenüber wohl gelungen, so glaubt man auch, daß er auch bei diesem mit dem Kriege unabwendbar bevorstehenden Conflict eine gleiche Haltung an den Tag legen werde. Wie hieraus hervorgeht, waltet die Idee vor, die in Rede stehende Sache möglichst auf das Gebiet der Hof- und Etiquetten-Fragen überzuspielen. Die in Folge der direct feindseligen Kammerrede des auswärtigen Ministers drohende Minister-Krisis, bei der natürlich das Ausscheiden jenes Ministers in erster Linie stand, ist als glücklich überwunden zu betrachten. Das Ministerium, welches sich in den Fragen der auswärtigen Politik durchaus in vollster Uebereinstimmung mit den Ansichten des Fürsten befindet, steht fester denn je und es ist die Annahme berechtigt, daß dasselbe während der ganzen Dauer der Orient-Verwickelungen am Ruder bleiben wird. Bemerkenswerth ist die Beobachtung, daß Rußland der herausfordernden Haltung gegenüber durchaus keine Miene macht, eine gleiche Haltung Rumänien gegenüber anzunehmen, wie man wohl in einzelnen Kreisen gefürchtet und hieraus die Nothwendigkeit eines Ministerwechsels ableiten zu müssen geglaubt hatte. Dieser Umstand ist jedenfalls ein Beweis für den staatsmännischen Scharfblick des Ministers Cogalniceanu, der gerade den wirksamsten Moment zu erfassen wußte, als er seine foudroyante Rede vom Stapel gehen ließ. Die Opposition einzelner rumänischer Blätter hat denn auch den Erfolgen jener vor den Kammern gegebenen ministeriellen Rede gegenüber sehr bald schweigen müssen. Zu weiteren Angriffen gegen die Politik des Ministeriums fehlt ihnen somit zur Zeit ein Anhaltspunkt und „Timpul", eines der oppositionellen Blätter, greift daher auf einen Paragraphen des Gesetzbuches zurück, welcher bestimmt, daß Verträge über Objecte im Werthe von über 150 Frs. schriftlich abgemacht sein müßten. Da man über die Zusicherung des ungeschmälerten Besitzstandes von Bessarabien sich keine Papier habe geben lassen so erhellt hieraus nach der Ansicht jenes Blattes, wie gering der Besitz jenes Landstriches angeschlagen worden sei. Mit derartigen Deductionen muß sich die Opposition zufrieden geben.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau**, 8. April. [Die Prüfungen] und Schulfeierlichkeiten im königl. Friedrichs-Gymnasium finden am 8. und 9. April statt. Der Herr Director Prof. Dr. Lange ladet dazu in den gedruckten Schulnachrichten ein. Diesen ist eine wissenschaftliche Abhandlung des Herrn Collegen Dr. Lehmann „Studien zur Ostsee mit einer lithographirten Karte" im besonderen Druck-Exemplar beigelegt. — Die Anstalt war im Wintersemester von 311 Schülern besucht, von denen 239 einheimische und 72 auswärtige waren. Die Vorschulklassen besuchten 77, von denen 75 einheimische, 2 auswärtige waren. Die Bibliothek wurde durch Geschenke und durch Ankauf vermehrt. In Bezug auf das Lehrer-Personal ist zu bemerken: am 12. April wurde Herr Dr. Michael in eine ordentliche Lehrerstelle eingeführt. Am Schlusse des Sommersemesters schied Herr Dr. v. Stojentin von dem Fridericianum, um eine ordentliche Lehrerstelle am hiesigen Elisabetan zu übernehmen. Die von ihm geführte Verwaltung der Bibliothek wurde an Herrn Dr. Michael, die erledigte Hilfslehrerstelle an Herrn Dr. Baron übertragen. Herr Dr. Inowraclawer, welcher im Januar sein Probejahr vollendete, hat den Unterricht in den ihm zugewiesenen Lectionen bis zum Schlusse des Schuljahres fortgeführt.

+ [Griechische Weine.] Die Verehrer eines guten und wohlschmeckenden Weines mögen hiermit darauf aufmerksam gemacht werden, daß die von der Firma W. Knorch in Berlin eingeführten griechischen Weine der Deutschen Actien-Gesellschaft für Weinproduction „Achaya" in Patras (Griechenland) auch in Breslau, Büttnerstraße Nr. 1, zu haben sind. Diese Weine sind namentlich Kranken und Genesenden außerordentlich zuträglich.

μ **Breslau**, 6. April. [Rechte-Oder-Ufer-Bezirks-Verein.] In der Versammlung vom 4ten dieses machte der Vorsitzende Meltzer nachstehende Mittheilungen:

1) Die in letzter Versammlung beschlossene Petition bezüglich des Wasserminimaltarifs sei nicht zur Absendung gelangt, weil inzwischen jede Aussicht auf Annahme dieser Vorlage geschwunden sei. — 2) Die magistratualische Antwort auf die Petition wegen Umlegens der Platten auf der Universitätsbrücke lautet ablehnend, da bei eintretendem Regen sofort für Reinigung gesorgt wird. — Der Vorsitzende hat sich von der Richtigkeit dieser Angabe überzeugt und glaubt von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit abstehen zu müssen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt. — 3) Der südwestliche Bezirks-Verein der Schweidnitzer-Vorstadt ladet den diesseitigen zu seinen Versammlungen ein und bittet um dasselbe Entgegenkommen Seitens des Rechte-Oder-Ufer-Bezirks-Vereins, womit letzterer einverstanden ist. — 4) Der Wohnungs-Ausschuß für das hier abzuhaltende 5. deutsche Turnfest bittet den diesseitigen Verein um seine Unterstützung — dieselbe wird abgelehnt. — 5) Der Vorsitzende theilt den Eingang eines Schreibens des Lehrer Winderlich, betreffend seine concessionirte Knabenschule zur Vorbereitung für Gymnasien und Realschulen mit und legt dasselbe für die sich dafür Interessirende zur Einsicht aus. Hierauf bespricht der Vorsitzende den letzten Stadtverordnetenbeschluß betreffs der Erhöhung des Schulgeldes und schließt sich demselben an der Hand der Hainauerschen Motive aus voller Ueberzeugung an, während Herr Apotheker Hauske denselben sehr bedauert. Letzterer weist auf das Vorgehen des Stralsunder Magistrats hin, welcher bei dem Landtage dahin zu petitioniren beabsichtigt, daß der Staat mindestens die Hälfte der Schulgeldlast tragen möge und bittet, der diesseitige Verein wolle sich dieser Petition anschließen, während Herr Rector Bergmann ausführt, daß der Beschluß der Stadtverordneten, den er ebenfalls nicht gutheißen könne, den Minderbesuch der Gymnasien und dadurch die Errichtung vieler neuer Mittelschulen zur Folge haben dürfte, wodurch der Stadt neue Lasten erwachsen würden. Schließlich wird ein Antrag des Herrn Hauske, sich der Stralsunder Petition anzuschließen, vertagt. — Hierauf hielt Herr Apotheker Kuhlmann seinen angekündigten Vortrag: Chemische Zusammensetzung des Wassers und der atmosphärischen Luft in ebenso interessanter als belehrender Weise. Namentlich gelangen ihm die verschiedenen Experimente unter Benutzung der aufgestellten Apparate so vollkommen, daß ihm der lebhafteste Beifall der zahlreich besuchten Versammlung, an der auch Damen Theil genommen hatten, gezollt wurde.

Der Fragekasten enthielt 3 Fragen: 1) bittet ein Bürger unter Hinweis auf das in diesen Tagen vorgekommene Ueberfahren eines Knaben durch die Pferdebahn, bei der Direction derselben dahin vorstellig zu werden, die Wagen mit Schutzblechen zu versehen, deren praktische Anbringung er durch beigefügte Zeichnung nachweist. — Der Verein beschließt, in diesem Sinne zu petitioniren. — 2) Die Frage, warum bei der in Aussicht stehenden Verlängerung der Pferdebahn statt der Rosenthaler- und Trebnitzerstraße nicht der kürzeste Weg, nämlich die Bismarckstraße, gewählt wird? bleibt discussionslos und die 3. Frage, ob der Verein sich nicht dafür interessiren möchte, daß das neu zu errichtende Gymnasium vor das Oderthor gelegt würde? wird gegenüber der Thatsache, daß erst der Gewerbeschule ein Platz vor dem Oderthore angewiesen ist, als eine ganz aussichtslose betrachtet.

Hiermit schließt der Vorsitzende die letzte Versammlung in diesem Wintersemester mit dem Bemerken, daß im Sommer nur bei ganz außergewöhnlichen Veranlassungen Versammlungen stattfinden werden.

—d. **Breslau**, 5. April. [Bezirks-Verein der Sand-Vorstadt.] Die letzte Monatsversammlung eröffnete der Vorsitzende, Herr Dr. W. Richter, unter Anderem mit folgenden Mittheilungen: Gegen die projectirte Anlage der Pauls- und Gertrudenstraße hat der Vorstand des Vereins in Verbindung mit Anwohnern Protest eingelegt, weil letztere Straße nicht direct, sondern erst mittels der Gellhorngasse und Marienstraße in die Uferstraße einmünde. — Die Direction der Breslauer Straßen-Eisenbahn giebt in einem Antwortschreiben zu, daß ihr Tarif den Wünschen des Publikums nicht durchweg entsprechen möge. Bei der in nächster Zeit stattfindenden Feststellung des Sommerfahrplans werde allen billigen Wünschen des Publikums möglichst Rechnung getragen werden. — Eine Petition des Vereins vom 22. September v. J., betreffend die Entfernung des Regenwassers von den Trottoirs der Lessingbrücke, ist endlich am 18. März d. J. vom Magistrat dahin beantwortet worden, daß das daselbst stehen bleibende Regenwasser durch Mannschaften der Straßenreinigung resp. der Feuerwehr weggefegt werde. Diese Maßregel wird vom Verein für ungenügend erachtet. Eine gründliche Abhilfe sei nur in der Verlegung des Trottoirs mit einem bestimmten Neigungswinkel zu erblicken. In diesem Sinne will der Verein nochmals beim Magistrat vorstellig werden. — Der Vorsitzende gab hierauf ein anschauliches Bild über die Opfer, welche die Stadt Breslau dem Schulwesen zu bringen habe. Im Anschluß hieran entwickelte sich eine längere Debatte über den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, betreffend die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen. Herr Härtel beantragt: den Magistrat zu ersuchen, dem diesbezüglichen Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung nicht zuzustimmen, dagegen das Schulgeld in den Elementarschulen wieder einzuführen. Der erste Theil des Antrages wird, obschon der Vorsitzende die Resultatlosigkeit dieses Antrages wiederholt betont hatte, mit großer Majorität angenommen, der zweite Theil dagegen abgelehnt. — Ein Antrag des Herrn Soglowek: den Magistrat zu ersuchen, die in der Sandvorstadt aufgelösten beiden Kleinkinderbewahranstalten auf irgend eine Weise weiter zu erhalten, rief eine längere Debatte hervor. Die Nützlichkeit und Nothwendigkeit dieser Anstalten wurde allgemein anerkannt, die Erhaltung derselben aber dem Magistrat zu übertragen, erschien den meisten Rednern nicht zulässig. Schließlich wurde diese Angelegenheit dem Vorstande zur näheren Information überwiesen. — Beschlossen wird ein Gesuch an die Sanitäts-Polizeibehörde, die traurigen Wasserverhältnisse in Brigittenthal ins Auge zu fassen. Eingegangen ist ein Schreiben des Wohnungs-Ausschusses für das 5. allgemeine deutsche Turnfest in Breslau mit dem Gesuch um Unterstützung in Beschaffung von kostenfreien Wohnungen für die fremden Turner resp. um Geldbeiträge zur Beschaffung von Massenquartieren. — Aus dem reichen Schatze der Fragen, von denen einzelne kleine Abhandlungen waren, erwähnen wir nur folgende: Ein Fragesteller beschwert sich über die massenhaften Concessionsertheilungen zu Schankstätten in den neugebauten und zum großen Theil unbewohnten Straßen. So habe z. B. die Adalbertstraße allein 15 Schankstätten, einzelne nach Tingel-Tangel-Muster mit Damenbedienung angelegt. Schluß der Sitzung in der 12. Stunde.

—cb. **Lauban**, 5. April. [Verschiedenes.] Seit einem Jahre hat Fräulein Müllendorf allhier einen Kindergarten nach Fröbel'schen Principien ins Leben gerufen. Schon einige Mal hatten wir Gelegenheit, uns von den guten Erfolgen, welche Fräulein Müllendorf mit ihrer Unterrichts-Methode erzielt, zu überzeugen. Vergangenen Sonntag fand eine Prüfung der kleinen Pfleglinge statt und lieferte dieselbe ein recht erfreuliches Resultat. Allerliebst waren die kleinen gefertigten Arbeiten und vielen Beifall fanden die Vorträge und Gesänge der kleinen Schüler und Schülerinnen. Fräulein Müllendorf findet immermehr Anerkennung und wünschen wir ihr für die Zukunft recht guten Erfolg. — Vorigen Mittwoch Abend veranstaltete Fräulein Simon, Schülerin des Professor Kullack in Berlin, im Hotel zum Hirsch ein kleines Concert mit ihren Schülerinnen. Die Leistungen fanden recht lebhaften Beifall. — Das „Wegebauproject des hiesigen Kreises" macht hier gegenwärtig viel von sich reden. Dasselbe muthet der Stadt Lauban eine neue Steuer in der geringen Summe von 16,437 M. 90 Pf. zu. Wie wir vernehmen, fand gestern eine äußerst bewegte Sitzung des Kreisausschusses statt; einige Mitglieder sollen, wie mitgetheilt, ihr Amt niedergelegt haben.

ꝺ **Bunzlau**, 6. April. [Der Vorschußverein] hielt am Donnerstag Abend eine Generalversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Nachdem über die Veruntreuungen des Vorschußvereins-Rendanten Bericht erstattet worden war, wurde ein Rechnungsabschluß gegeben, aus welchem hervorging, daß in der Kasse des Vereins ein Defect von 2114 Mark vorhanden gewesen, der aber durch den Reservefonds gedeckt werden könne und daß der Fortbestand des Vereins nicht gefährdet sei. Die Debatte ergab als Resultat die Wahl eines Comitees aus 7 Mitgliedern, welches die Abänderung der Depositenscheine, der Statuten 2c., für die nächste Generalversammlung vorzuberathen hat. Außerdem wurde Herr Kaufmann Siegemund zum provisorischen Vorschußvereins-Rendanten gewählt. — Am fünften April fand eine gemeinschaftliche Sitzung des evangelischen Gemeinde-Kirchenraths und Gemeinde-Vertretung statt. Aus den statistischen Mittheilungen, die Herr Pastor prim. Kretschmar gab, geht hervor, daß die Seelenzahl der Kirchgemeinde 10,733 beträgt, von 324 Kindern ein Kind ungetauft blieb und daß von 101 auf dem Standesamt geschlossenen Ehen nur 2 sich nicht kirchlich trauen ließen. Die Zahl der Communicanten betrug 4405, die der Confirmanden 243, die der Todesfälle 423. — Darauf wurde der Etat für das Jahr 1878/79 vorgetragen, welcher mit 12,400 M. in Einnahme und Ausgabe balancirt, und angenommen. — Die für das Schuljahr 1877/78 ausgegebenen Jahresberichte über das städtische Gymnasium, die Königl. Waisenhaus-Anstalt und die städtische höhere Töchterschule weisen für das Gymnasium eine Frequenz von 243 Schülern, für die Waisenhaus-Anstalt von 202 Schülern, für die höhere Töchterschule von 117 Schülerinnen nach. Der Jahresbericht der Waisenhaus-Anstalt enthält außer den Schulnachrichten die Inhaltsangabe eines Buches von 1645: des „Johann Amos Comenius Spinnschule oder lebendiges Künsten-Kreis, die Schauspielige Uebung der Sprachen- und Sachenthür, ein anmüthiges Kunststück darstellende, Alle Dinge mit der Namengebung bekleidet, den Sinnen nach dem Leben vorzutragen."

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Der „Anz." meldet unterm 6. April: Vor einem sehr zahlreichen, wohl über tausend Köpfe zählenden Publikum erstattete gestern unser Reichstagsabgeordneter, Herr Dr. Herrmann Grothe, seinen ersten Bericht über die Thätigkeit des Reichstages in dem bisher verflossenen Theile der lauf. Legislaturperiode. Im Einklange mit seinen Auslassungen in seinen vorjährigen Candidatenreden, daß er sich wenig mit hoher Politik, um so eingehender aber mit den wirthschaftlichen Fragen beschäftige und auch in Zukunft zu beschäftigen gedenke, beschränkte Herr Dr. Grothe sich auch in seinem gestrigen Vortrage auf das wirthschaftliche Gebiet, kennzeichnete die Stellung, die er zu den bereits erledigten oder augenblicklich noch schwebenden Vorlagen einnimmt und besprach die noch in nächster Aussicht stehenden Vorlagen, indem er an die Versammlung das Ersuchen richtete, ihn durch Meinungsäußerungen darüber von den im Wahlkreise herrschenden Ansichten zu unterrichten. Als abgesagter Feind aller Principienreiterei erklärte der Herr Abgeordnete sich bereit, jede Ansicht zu hören, um daraus zu lernen und das Gehörte bei seiner Thätigkeit als Abgeordneter zu verwerthen.

+ Grünberg. Das hies. „Kreisbl." meldet unterm 5. April: Ein Mitglied des Richter-Collegiums am hies. Kreis-Gericht ist flüchtig geworden. Am Montag, den 25. März, ist derselbe mit einem Urlaub von drei Tagen mit Gespann zum Nachtzuge nach Sorau abgereist; man wurde an amtlicher Stelle stutzig, als dieser Urlaub bereits um mehrere Tage überschritten war und der Abgereiste noch immer ausblieb. Auftauchende Verdachtsgründe gewannen erst bestimmte Form, als der 4. April heranrückte, an welchem Tage von ihm zur Gerichtskasse ca. 22,000 M. amtlich empfangene Gelder abzuführen waren, die er schon wochenlang zuvor als Gerichts-Commissar von Kontopp hier eingezogen hatte. Eine bereits an diesem Tage Abends vorgenommene Nachsuchung ergab, daß der Verschwundene alle baaren Bestände mitgenommen hatte, und der Verdacht wurde zur vollen Gewißheit, als auch der heutige Tag verstrich, ohne daß weder an amtlicher Stelle noch bei der Familie irgend welche Nachricht über sein Verbleiben eingetroffen war, und die Recherchen bei dem angeblichen Ziel seiner Reise ergeben hatten, daß er dort gar nicht angelangt sei. Die staatsanwaltschaftliche Verfolgung und Untersuchung ist bereits umfassend eingeleitet und ist leider die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen, daß der flüchtige Richter auch noch andere Geldquellen vor seiner Abreise flüssig gemacht hat.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 7. April. Die „Montagsrevue" schreibt, die Chancen einer friedlichen Lösung der politischen Krisis seien in den jüngsten Tagen etwas stärker in den Vordergrund getreten. Deutschland erkenne die Existenz und die Berechtigung des allgemeinen europäischen Interesses an, sowie, daß es neben seinem Verhältniß zu Rußland freundschaftliche Beziehungen zu den anderen Staaten habe, welche es nicht einfach opfern könne. So komme Deutschland zu der Rolle einer mäßigenden und berichtigenden Macht. Wenn ein Staat von solcher militärischen und politischen Bedeutung diese Aufgabe aufgreife, so müsse dies als die erste, vielleicht entscheidende Friedensbürgschaft betrachtet werden. Wie heute die Dinge lägen, sei eine friedliche Lösung fast untrennbar von dem Zustandekommen des Congresses. Die Antwort des Petersburger Cabinets auf die letzten englischen Eröffnungen würde demnach für die nächste Zukunft unzweifelhaft entscheidend sein. Wenn dieselbe dem Congreßvorschlage die Thür offen lasse, so sei zu hoffen, daß die den politischen Horizont gegenwärtig verdüsternden Zeichen allmälig verschwänden und die Interessen Aller in dem gemeinsamen Friedensbedürfniß und der Thatsache eines allgemeinen Friedens einen versöhnenden Abschluß fänden. Bis jetzt sei weder auf die englische Note noch auf die Bemerkungen des Grafen Andrassy eine Antwort Rußlands erfolgt, doch ließen alle Anzeichen auf einen friedlichen Ausgang schließen.

London, 6. April. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Konstantinopel vom heutigen Tage gemeldet wird, sei von Seiten Rußlands von Neuem das Verlangen an die Pforte gestellt worden, die Einschiffung der russischen Truppen in Bujukdere zu gestatten. Die Absicht, die russischen Truppen in San Stefano einzuschiffen, sei als unausführbar aufgegeben worden. — Die Stärke der türkischen Truppen, welche im Umkreise von Gallipoli und Konstantinopel zusammengezogen seien, solle 248 Bataillone betragen.

London, 7. April. Das „Reuter'sche Bureau" läßt sich aus Konstantinopel via Syra vom 5. d. melden, im Falle eines englisch-russischen Conflictes würde Vefik Pascha die Entfernung der türkischen Panzerschiffe aus dem Bosporus für nöthig erachten, um auf diese Weise die Verpflichtung, die Einfahrt der englischen Flotte verhindern zu müssen, zu umgehen. Der Sultan würde auch nur gegen die Durchfahrt protestiren. Reouf Pascha sei dagegen der Ansicht, man müßte die Durchfahrt verhindern, oder, wenn dies unmöglich sei, Rußland als Compensation die Benutzung irgend eines Punktes im Bosporus gestatten.

Petersburg, 7. April. Die russische „St. Petersburger Zeitung" hat eine Verwarnung erhalten wegen Veröffentlichung eines zum Kriege aufreizenden Artikels. — Das Regiment „Podolien" hat über Odessa den Marsch nach Hause angetreten.

Petersburg, 7. April. Heute Morgen 10½ Uhr ist der Großfürst Michael mit seiner Familie vom Kaukasus hier eingetroffen und am Bahnhofe vom Kaiser und den Mitgliedern der kaiserlichen Familie empfangen worden. Die massenhaft zusammengeströmte Bevölkerung bereitete dem Großfürsten einen enthusiastischen Empfang.

Konstantinopel, 6. April. Safvet Pascha hat heute eine längere Conferenz mit dem Sultan gehabt.

Konstantinopel, 6. April. Die in San Stefano tagende gemischte russisch-türkische Commission beschloß, sofort Delegirte nach Bulgarien abzusenden, um die Rückkehr der geflüchteten Familien in deren Heimath vorzubereiten. Heute wurden Commissare nach Odessa und Bukarest wegen der Rückbeförderung der türkischen Gefangenen abgeschickt. — Die von San Stefano nach Odessa zurückkehrenden Truppen bestanden bis jetzt nur aus kranken und von Strapazen dienstunfähig gewordenen Soldaten; außer diesen Mannschaften ist auch heute Abend die aus etwa 800 Mann bestehende kaiserliche Escorte mit einer Batterie nach Rußland abgegangen; ein Linien-Regiment soll demnächst folgen. — Großfürst Nicolaus wird anläßlich des Festes „Mariä Verkündigung" der kirchlichen Feier in der russischen Botschaftskapelle beiwohnen. — Admiral Hornby ist hier angekommen.

Konstantinopel, 7. April. In Folge eines vom Sultan ausgegangenen Befehles sind die Journale regierungsseitig aufgefordert worden, sich kriegerischer Artikel zu enthalten und der von der Regierung befolgten Politik gemäß bei der Besprechung der Beziehungen der Türkei zu England und Rußland eine neutrale Haltung zu beobachten.

Konstantinopel, 8. April. Die Türken besetzten Bujukdere wieder und errichteten in Aemdagh hinter Scutari 12,000 Baraken für die Flüchtlinge. Der den russischen Offizieren zum Besuch Konstantinopels ertheilte Urlaub wurde zurückgenommen. Die Russen errichteten bei Rodosto neue Befestigungen und reißen die im Wege stehenden Gebäude nieder.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Köln, 7. April. Der „Köln. Ztg." wird aus Paris depeschirt: Es bestätigt sich, daß Fürst Orloff sich bei dem Minister Waddington über die russenfeindliche Sprache der Pariser Journale, besonders über „Debats" und „Republ. Fr." beklagt hat. Der Minister entgegnete dem Botschafter, die französische Regierung stehe diesen Blättern völlig neutral und einflußlos gegenüber und sei aus diesem Grunde eine Intervention unmöglich. Wie verlautet, ließ Waddington dennoch die mit ihm in freundlichem Verkehr stehenden Blätter ersuchen, künftig behutsamer aufzutreten.

Breslau, 8. April, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,80 bis 20,40—21,40 Mark, gelber 18,60—19,50 bis 20,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 12,60—13,70 bis 14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,80—12,80 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,20 bis 10,40—11,10 Mark, blaue 9,00—10,00—10,50 Mark.

Wicken schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 10,20—11—11,80 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein ohne Aenderung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	50	28	50
Winterrübsen	30	—	29	—	27	—
Sommerrübsen	28	25	26	50	25	—
Leindotter	24	50	23	50	21	50

Rapskuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinkuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 32 bis 42—47—52 Mark, — weißer preishaltend, pr. 50 Kilogr. 40—48—57 bis 65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 17—19,50—21,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 29,00—30,00 Mark, Roggen fein 21,50—22,50 Mark, Hausbacken 20,00—21,00 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50—10,25 Mark, Weizenkleie 8,00—8,75 Mark.

Heu 2,40—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn-Gesellschaft.

Einnahme pro März 1878.

	1878 nach vorläufiger Feststellung:	1877 nach berichtigter Feststellung:
1) vom Personen-, Gepäck- und Vieh-Verkehr	82,520 Mark,	94,859 Mark,
2) vom Güter-Verkehr	583,790 „	556,606 „
3) außerdem	63,000 „	63,000 „
Summa	729,310 Mark	714,465 Mark,

pro Monat März 1878 mehr 14,845 M. Gesammt-Einnahme 2,179,810 M. Von Anfang des Jahres ab gegen das Vorjahr mehr 152,402 Mark.

Berliner Börse vom 6. April 1878.

Fonds- und Gold-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	96,60 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	104,60 bz
do. do. 1876	4	96,25 bz
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	138,50 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,60 bz
Pommersche	3½	83,50 bzG
do.	4	95,00 bzG
do.	[illegible]	[illegible]
do.	[illegible]	[illegible]
do.	[illegible]½	102,50 bzG
do. Ldsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,50 bz
Schlesische	3½	85,30 G
Lndschaftl. Central	4	94,80 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96,40 bz
Pommersche	4	96 40 bz
Posensche	4	96 bz
Preussische	4	95,90 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,50 B
Sächsische	4	96,75 bz
Schlesische	4	96,40 G
Badische Präm.-Anl.	4	118,40 bz
Baierische 4% Anleihe	4	120 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	111,10 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,75 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 241 bz
Badische 35 Fl.-Loose 136,00 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,50 bzG
Oldenburger Loose 138,00 B

Ducaten 9,58 B	Dollars 4,19 G
Sover. — —	Oest. Bkn. 166,50 bz
Napoleon 16,24 bz	do. Silbergd. 176,10 eb
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 200 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,60 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,00 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,25 bzG
do. do. do.	5	100,20 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 B
Unkünd. do. (1872)	5	101,90 bz
do. rückzb. à 110	5	107 G
do. do. do.	4½	98,90 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,25 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	92,00 bzG
do. do. Pfandbr.	5	— —
Pomm. Hyp.-Briefe	5	99,00 bzG
do. do. II. Em.	5	91,75 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,75 bz
do. do. II. Em.	5	105,60 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	100 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92,25 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	105,00 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	98 bz
do. do.	4½	93,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,60 G
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.)	4⅕	53,75 G
do. (1./4. 1./10.)		53,75 bz
do. Goldrente	4	60,60 bzB
do. Papierrente	4⅕	50,60 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	93,25 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	100,75 bz
do. Credit-Loose	fr.	283,50 bz
do. 64er Loose	fr.	245,75 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	144 bz
do. do. 1866	5	142,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	71,40 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	77 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	61,40 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54 bzB
Amerik. rücksz. p. 1881	6	102,50 bzG
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	100,40 bzG
Ital. neue 5% Anleihe	5	70,25 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	68,20 bz
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe.	5	7,75 G
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	67,75 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 35,50 G
Türken-Loose — —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,50 etbzG
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,80 bz
do. do. VI.	4½	99,30 G
do. Hess. Nordbahn.	5	103,40 B
Berlin-Görlitz	5	101,50 bz
do.	4½	90B C.84,50bG
Breslau-Freib. Lit DEF.	4½	97 bzB
do. Lit. G	4½	96,00 G
do. do. HJ.	4½	94,00 G
do. do. K.	4½	93,75 bz
do. von 1876	5	101,40 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,50 B
do. .. Lit. B.	4½	100,20 B
do. .... IV.	4	94,25 bzG
do. .... V.	4	92 G
Halle-Sorau-Guben	4½	101,60 bzG
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,00 B
do. do. II. Ser.	4	92 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 B
do. do. III. Ser.	4	95,25 B
Oberschles. A.	4	93,50 bz
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	92,75 G
do. E.	3½	85,30 bz
do. F.	4½	100,50 bz
do. G.	4½	99,75 G
do. H.	4½	101,25 bz
do. von 1869.	5	100,90 G
do. von 1873.	4	91,10 G
do. von 1874.	4½	99,50 bzG
do. Brieg-Neisse	4½	98,50 G
do. Cosel-Oderb.	4	94 G
do. do.	5	103,25 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99,50 G
do. do. III. Em.	4½	99,50 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,50 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	60,80 G
do. II. Emission	5	51,20 bzG
Prag-Dux	fr.	19,70 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	85,25 G
do. do. neue	5	84,10 G
Kaschau-Oderberg	5	58,75 bz
Ung. Nordostbahn	5	55,50 bzG
Ung. Ostbahn.	5	52,80 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	64,10 bzG
do. do. II	5	63,80 bzG
do. do. III.	5	57,70 bz
Mährische Grenzbahn.	5	50,75 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	17,70 G
do. II.	fr.	15,50 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	64,00 bzG
Oesterr.-Französische	3	327,50 bz
do. do. II.	3	312 B
do. südl. Staatsbahn.	3	233,40 bz
do. neue	3	234 B
do. Obligationen	5	77,60 B
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	72,25 bzG
Warschau-Wien II.	5	92,75 bz
do. III.	5	90 bz
do. IV.	5	82,00 bzG
do. V.	5	73,00 bzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,60 bz
do. do.	2 M.	3	167,70 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,285 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,2[illegible]
Petersburg 100 SR.	3 M.	5[illegible]	[illegible] bz
Warschau 100 SR.	8 T	[illegible]	198,35 bz
Wien 100 Fl.	[illegible]	6½	199,75 bz
do. do.	2 M.	4½	165,80 bz
	[illegible]	4½	16[illegible],10 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	18,50 bz
Berg.-Märkische	3⅗	—	4	72,40 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	87,00 bzB
Berlin-Dresden	0	0	4	12,70 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	14,50 bz
Berlin-Hamburg.	11	11½	4	173,50 bz
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	3½	4	72,40 bzG
Berlin-Stettin	8⁹⁄₁₀	—	4	104,00 bzG
Böhm. Westbahn.	5	—	5	70,40 bz
Breslau-Freib.	5	—	4	63,25 bzG
Cöln-Minden	5¼	—	4	93,50 bz
Dux-Bodenbach. B	0	0	4	— —
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	101,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	13,20 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	10,25 bzG
Kaschau-Oderberg	4	—	5	41,50 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	46,60 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	180,75 bz
Märk.-Posener	0	0	4	18,30 bz
Magdeb.-Halberst.	8	-	4	104,40 bz
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	74,75 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,00 B
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	—	3½	119,40 bz
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	—	3½	112,75 etbzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	5⅗	—	4	412,50-10,50
Oest. Nordwestb.	5	—	5	176,00 bzG
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	114,00-13½ bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	38,90 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅕	4	98,50 bzB
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	31,10 bzG
Rheinische	7½	—	4	103,75 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	92,75 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	8,75 bz
Rumän. Eisenbahn	1	—	4	23,50 bzG
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	14,90 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,20 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	—	4	110,50 bzG
Warschau-Wien.	6⅔	—	4	151,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	0	5	35,40 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	34,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	21,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	— —
Märkisch-Posener	3¾	4¾	5	78,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	68,25 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	99,00 bzB
Ostpr. Südbahn	5	5	5	86,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅕	5	106,75 bz
Rumänier.	8	8	8	70,50 bz
Saal-Bahn.	0	—	5	14 G
Weimar-Gera.	0	—	5	— —

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G	0	2	4	33,00 G
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	29,25 G
Berl. Kassen-Ver.	10⁷⁄₁₂	8⁴⁄₁₅	4	146,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	65,50 bzG
Brl. Prd.- u. Hdls.-B.	6½	6	4	81,25 bzG
Braunschw. Bank.	5	3	4	79,00 etbzB
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	59,25 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	66,50 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	68,00 bzG
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103,00 B
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	104,90 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	98,30 bz
Deutsche Bank	6	6	4	89,50 bzG
do. Reichsbank	6⅛	6,29	4½	153,00 etbzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	87,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	111,50 bz
do. ult.	4	5	4	112,90-11,50
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	87,00 B
do. junge	5½	5½	4	91,75 bz
Goth. Grundcredb.	8	8	4	101,75 G
Hamb. Vereins-B.	10	10⅝	4	121,60 G
Hannov. Bank	5¹⁴⁄₁₅	6	4	100,20 bz
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	83,50 B
Lndw.-B. Kwilecki.	5⅓	—	4	50,00 B
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	102,75 G
Luxemburg. Bank	6	6½	4	97 B
Magdeburger do.	6	5⁹⁄₁₀	4	105,75 bz
Meininger do.	2	2	4	73,50 bz
Nordd. Bank	8	8½	4	132,00 etbzG
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	73,90 etbzG
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	67,50 bzG
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅛	4	353½-53
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	101,60 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	93,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,00 bz
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,90 bz
Schl. Bank-Verein	5	5	4	77,50 bzG
Thüringer Bank.	0	—	4	73,50 bz
Weimar. Bank	0	0	4	39,50 bzG
Wiener Unionsbk.	1¹¹⁄₂₄	3½	4	90,00 B

in Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	10,60 bzG
Berl. Bankverein	—	—	fr.	39 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,50 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	17,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	13 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	104,75 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	53,50 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd.-A.	0	—	fr.	618 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	4,50 B
do. Reichs-u. Co.-E.	0	0	4	68,50 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	12,50 bz
Nordd. Gummifab.	5	4	4	46,50 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅘	8	4	93,50 bzG
Schles. Feuervers.	18	25	4	850 bzG
Donnersmarkhütt.	3	—	4	20,50 bzG
Dortm. Union	0	—	4	6,10 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	71,30 bzG
Lauchhammer.	0	—	4	17,00 B
Marienhütte	6	—	4	50,50 bzG
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	2,50 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	5 B
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	83,00 B
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90,50 B
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	29,00 B
Vorwärtshütte	0		4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	— —
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	—	4	45,90 B
do. ver. Oelfabr.	3⅓	—	4	47,00 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	12,00 B
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	—	4	46,50 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	0	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	30,00 B
Schl. Leinenind.	5½	—	4	57,50 B
do. Porzellan	0	1½	4	32,50 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 7. April, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Renten 72, 15, Neueste Anleihe de 1872 108, 80, Türken 1865 8, 15, Staatsbahn —, —, Neue Egypter 148, —, Banque ottomane 344, —, Italiener 70, 60, Chemins égyptiens 276, —, österr. Goldrente —, ungar. Goldrente —, Spanier —, —, neueste Russen de 1877 77¾. Fest.

Frankfurt a. M., 6. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 413. Pariser Wechsel 81, 30. Wiener Wechsel 166, 90. Böhmische Westbahn 142. Elisabethbahn 136. Galizier 201½. Franzosen*) 205. Lombarden*) 56½. Nordwestbahn 88. Silberrente 53⅝. Papierrente 50⅛. Goldrente 60¾. Ungar. Goldrente 71¼. Italiener —. Russische Bodencredit 71¼. Russen 18[illegible] —. Neue russische Anleihe 75⅝. Amerikaner 1885 99⅞. 1860er Loose 100⅞. 1864er Loose 246, 80. Creditactien*) 176¼. Oesterr. Nationalbank 667, 00 Darmst. Bank 104. Meininger Bank 73½. Hessische Ludwigsbahn 75½. Ungar. Staatsloose 146, 00. do. Schatzanweisungen, alte. 99⅛. do. Schatzanweisungen neue, 90¾ do. Ostbahn-Obligationen 60⅜. Central-Pacific 100¾. Reichsbank 153. Silbercoupon —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 96⅜. — Wenig belebt, Course meist höher.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 176⅜, Franzosen 205, Galizier —, 1860er Loose —, Goldrente —, ungar. Goldrente —, neueste Russen 75⅝.
*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 6. April, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115⅜, Silberrente 53¾, Goldrente 60¼, Credit-Actien 175¾, 1860er Loose 101 Franzosen 512, Lombarden 140½, Italien. Rente 70⅛, Neueste Russen 75½, Vereinsb. 122, Laurahütte 69⅛, Commerzbank 96½, Norddeutsche 132⅛ Anglo-deutsche 29¾, Intern. Bank 72½, Amerikaner de 1885 94½, Köln-Minden. St.-A. 93¼, Rhein. Eisenb. do. 103⅝, Berg.-Märk. do. 72½, Disconto 3 pCt. — Ziemlich fest.

Hamburg, 6. April, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine matt. Roggen loco matter, auf Termine matt. — Weizen pr. April-Mai 222 Br., 221 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 223 Br., 222 Gd. Roggen per April-Mai 157 Br., 156 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 156 Br., 155 Gd. Hafer ruhig. Gerste unverändert. Rüböl matt, loco 72, per Mai per 200 Pfd. 72. Spiritus still, per April 43¾, pr. Mai-Juni 44, pr. Juni-Juli 44⅛, pr. Juli-August pr. 1000 Liter 100% 45. Kaffee behauptet, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum behauptet, Standard white loco 10, 90 Br., 10, 80 Gd., pr. April 10, 80 Gd., pr. August-December 11, 90 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Hamburg, 7. April, Nachm. [Privatverkehr.] Silberrente 53¾, Papierrente 50¼, Goldrente 60¾, 1860er Loose 100⅛, Creditactien 175, Franzosen 511, Neue Russen 75⅛. Geschäftslos.

Wien, 7. April, 12 Uhr 20 M. [Privatverkehr.] Creditactien 210, 80, Franzosen 246,00, Galizier 241,50, Anglo-Austrian 93,50, Lombarden —, Papierrente 60,95, Oesterr. Goldrente 72,55, Ungar. Goldrente 85,65, Marknoten 60,27½, Napoleons 9,78. Schwach.

Liverpool, 6. April, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Besser. Tagesimport 16,000 B., davon 13,000 B. amerikanische, 1000 B. ostindische.

Liverpool, 6. April, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Futures 1/32—1/16 D. theurer.

Middl. Upland 5 1/16, middl. Orleans 6 3/16, middl. fair Orleans 7 3/16, middl. Mobile 5 1/16.

Pest, 6. April, Vorm. 11 Uhr. Productenmarkt ganz geschäftslos.

Paris, 6. April, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, pr. April 32, 50, per Mai 32, 50, per Mai-August 32, 50, per Juli-August 32, 25. Mehl ruhig, per April 68, 25, pr. Mai 68, 50, per Mai-Aug. 68,25, pr. Juli-Aug. 68, 25. Rüböl behauptet, per April 94, 00, per Mai 95, 00, per Mai-August 95, 25, September-Decbr. 93, 00. — Spiritus behauptet, per April 60, 50, per Mai 61, 25. — Wetter: Schön.

Paris, 6. April, Nachm. Rohzucker behauptet, Nr. 11/13 pr. April pr. 100 Kilogr. 57, 50, Nr. 5 7/9 pr. April per 100 Kilogr. 63, 25. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. April 68, 25, per Mai 68, 25, pr. Mai-August 68, 50.

London, 6. April. Havannazucker fest.

Antwerpen, 6. April, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen fest. Hafer stetig. Gerste fest.

Antwerpen, 6. April, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27⅛ Br., per April 27½ Br., per Mai 27¼ Br., per September 29 Br., per September-December 30 Br. Matt.

Bremen, 6 April, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white, loco 10, 60, per Mai 10, 70, pr. Juni 10, 90 bez., pr. Septbr 11, 60, per August-December 11, 70.

Hamburg, 6. April. [Spiritus-Notiz.] April-Mai 43¾ Br., 43¼ Gld., 43½ bez., Mai-Juni 43¾ Br., 43⅛ Gld., 43½ bez., Juni-Juli 44⅛ Br., 44 Gld., 44¼ bez., Juli-August 45¼ Br., 45 Gld., 45¼ bez.

Berlin, 6. April. Spiritus loco „ohne Faß" 52,2 Mk. bez., per April 52,1—51,8 M. bez., per April-Mai 52,1—51,8 M. bez., per Mai-Juni 52,3—52 M. bez., per Juni-Juli 53,4—53,1 Mark bez., per Juli-August 54,4—54,1 M. bez., per August-September 55,1—54,8 M. bez. Gekündigt 40,000 Liter. Kündigungspreis 51,8 Mark.

Wien, 6. April. [Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn] vom 26. März bis 1. April 1,288,044 Fl., gegen 1,325,586 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Mindereinnahme 37,541 Fl.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

April 6. 7.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 8°,6	+ 4°,2	+ 1°,3
Luftdruck bei 0°	332''',29	333''',25	333''',63
Dunstdruck	2''',32	2''',40	1''',94
Dunstsättigung	55 pCt.	82 pCt.	86 pCt.
Wind	W. 2.	N. 1.	NW. 2.
Wetter	zieml. heiter.	heiter.	bedeckt.

April 7. 8.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 3°,5	+ 2°,7	+ 0°,7
Luftdruck bei 0°	333''',85	333''',71	333''',12
Dunstdruck	2''',24	2''',01	1''',97
Dunstsättigung	82 pCt.	79 pCt.	92 pCt.
Wind	NW. 2.	N. 2.	NW. 2.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	Schnee.

Breslau, 8. April. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 30 Cm. U.-P. 1 M. 8 Cm.

Breslau-Warschauer Eisenbahn-Gesellschaft.

Einnahme pro Monat März 1878 beträgt:

	provisorisch 1878	definitiv 1877
a. aus dem Personen-Verkehr	10,061 M.	10,117 M.
b. „ „ Güterverkehr incl. Extraordinaria	23,498 „	20,712 „
Summa	33,559 M.	30,829 M.
mithin pro 1878 mehr	— „	2,730 „

P.-Wartenberg, den 6. April 1878.
[1421] **Direction.**

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.